

Die «Weltretterin» als höchste Schweizerin

Historisch Maya Graf präsidiert als erste grüne Politikerin den Nationalrat

VON KAREN SCHÄRER

AM ANFANG von Maya Graf's Laufbahn auf der nationalen Bühne stand ein Wagnis. Als Neuling im Nationalrat sagte sie zu, als eine von fünf Protagonisten im Dokumentarfilm «Mais im Bundeshaus» (2003) mitzuwirken. Als sie den Film sah, war sie schockiert. «Ich wurde als junges, naives Ding dargestellt», erzählt sie bei Milchkaffee und Gipfeli in einem belebten Café in Sissach. Doch das Wagnis entpuppte sich als Chance: Auf einen Schlag wusste die Schweiz, wer diese grüne Politikerin aus dem Baselbiet ist.

Seither hat sie als Kämpferin für ein Gentech-Moratorium eine Volksabstimmung gewonnen, die Grüne Fraktion im Bundeshaus geführt und sich als Mit-Betreiberin eines Biolandwirtschaftsbetriebs in insgesamt 145 Vorstössen unter anderem für das Wohl von Mastkälbern und Bienen und den Schutz von Gewässern eingesetzt. Ohne ständig vor die Mikrofone zu drängen, ist die heute 50-Jährige eine der profiliertesten Stimmen innerhalb der grünen Fraktion geworden.

AM MONTAG SIND wieder alle Scheinwerfer auf Maya Graf gerichtet. Wie jedes Jahr zu Beginn der Winteression kürt das Parlament die neuen Präsidenten von National- und Ständerat. Historisch: Erstmals überhaupt wird mit Maya Graf eine Grüne an die Spitze des Parlaments gewählt.

Seit 1995, als mit einem Liberalen letztmals ein Vertreter einer kleinen Fraktion die grosse Kammer führte, haben die Bundesratsparteien das Präsidium stets unter sich vergeben. Als die Grünen 2007 auf einen Wähleranteil von fast 10 Prozent kamen, erklärte sich die CVP bereit, den eigenen Anspruch auf das Amt zugunsten der Grünen um ein Jahr zurückzustellen. «Indem das Parlament einer Nicht-Regierungspartei das Präsidium überlässt, zeigt es die demokratische Vielfalt gegen aussen», sagt Graf. Diese sei aktuell besonders gross, meint Graf, und verweist auf die Fraktionen von BDP und GLP – Parteien, die es vor wenigen Jahren noch gar nicht gab. «Der Zeitpunkt ist deshalb ideal, dass ich diese Vielfalt repräsentieren darf», sagt Graf.

AUCH WENN IHRE PARTEI seit 2007 wieder Wähleranteile verloren hat:



Unverfälscht und offen: Die Grüne Maya Graf.

EMANUEL PER FREUDIGER

Für Graf ist das Amt Anerkennung für die mittlerweile 33 Jahre andauernde Arbeit der Grünen im Parlament. Doch warum das Gerangel um das Präsidium? Schliesslich sollen die Präsidenten während ihres Amtsjahres eben gerade keine Parteipolitik betreiben, da sie die ganze Bevölkerung vertreten sollen. Grünen-Co-Präsidentin Adèle Thorens hofft trotzdem, Graf werde als Nationalratspräsidentin Wählerstimmen generieren können. Dazu sagt Graf: «Das ist ein hoher Anspruch.» Doch sie bekomme im Prestige-Amt die Chance, den Leuten ein Bild einer grünen Politikerin zu vermitteln. Und macht die Spiel-

rin des FC Nationalrat ihre Arbeit als Präsidentin gut, gewinnt sie selbst an Profil, was ihr für ihre Polit-Karriere zugutekommt. Doch zu ihren beruflichen Ambitionen nimmt Graf nur ausweichend Stellung. «Für jede Ankündigung gibt es den richtigen Zeitpunkt», sagt sie.

Maya Graf, die unter ihrer leuchtend grünen Lederjacke ein mit Federn bedrucktes Kleid über den Jeans trägt, will auch bei offiziellen Auftritten ihrem Stil treu bleiben. Zu Recht: Ihre unverfälschte Art kommt an. Beim Spaziergang durch die Begegnungszone von Sissach, (wo sich Graf für die vielen parkierten Autos ent-

Zur Person

Maya Graf (50) ist seit 2001 Nationalrätin. Die **Baselbieterin** leitete während zweier Jahre bis zu ihrer Wahl ins Nationalratsbüro (2010) die grüne Fraktion. Vorherige politische Ämter der Sozialarbeiterin und **heutigen Biobäuerin** waren die Gemeindegemeinschaft Sissach (1988–1996) und der Landrat in Liestal (1995–2001). Graf lebt auf der Hofgemeinschaft «Unter der Fluh» in Sissach, ist verheiratet und Mutter eines Sohnes und einer Tochter (19, 17).

schuldigt.) wird sie alle paar Meter gegrüsst und angesprochen.

GRAF SETZT AUF DIALOG statt Konfrontation, auf Überzeugungsarbeit statt politischer Spielchen. «In meiner Ausbildung zur Sozialarbeiterin habe ich gelernt, auf die verschiedensten Menschen wertfrei zuzugehen und zuzuhören, was sie zu sagen haben.» Das komme ihr nun in der Politik zugute, sagt sie. Tatsächlich: Sie wird auch von Exponenten des rechtsbürgerlichen Lagers geschätzt. Mit ihr könne man gut diskutieren; sie sei eine offene, zugängliche Person, sagen Ratsmitglieder.

Die zweifache Mutter wird während ihres Präsidialjahres viel unterwegs sein. Verurzelt aber bleibt sie in Sissach. Abgesehen von einem Welschlandjahr und einem Jahr auf Weltreise hat sie immer im 6000-Seelen-Dorf gelebt. Graf ist Sissacherin durch und durch. Hier hat sie als jugendliche «Weltretterin» Alusammelstellen eingerichtet, als Mitglied der Gemeindegemeinschaft ihre politische Karriere begonnen und die Gruppierung «Die Stechpalme» gegründet, die nach wie vor die Lokalpolitik aufmisch.

AUF DER ANDEREN SEITE des Ergolz-Flusses zeigt Graf hoch zur Sissacher Fluh. Oben am Hang liegt der Biobauernhof, wo ihre eigene Familie, die Familie ihres Bruders und ihre Eltern wohnen und arbeiten. Komendes Jahr kann sie sich nach öffentlichen Anlässen von einem Chauffeur nach Hause bringen lassen. Diesen Service, sagt Maya Graf, die für gewöhnlich mit dem Zug, Elektroroller, Fahrrad oder zu Fuss unterwegs ist, wolle sie aber nur sparsam in Anspruch nehmen.

De
Schepper



Das Wunder des Lebens

■ «Keine Frau treibt leichtfertig ab.» Das habe ich am Montag in einem Kommentar zur Initiative «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache» geschrieben. Dafür erntete ich viel Kritik. Meist von Männern, die mir telefonisch und per Mail mitteilten, ich hätte keine Ahnung vom Leben, keine Ahnung von den Frauen. Alle diese Männer berichteten mir von Frauen, für die eine Abtreibung nichts anderes als eine Form der Verhütung sei. Sie berichteten mir von gewissenlosen, bösen Frauen. Von den Männern, die diesen Frauen Kinder anhängen, wussten diese Männer nichts zu erzählen. Es sind böse Mails von Männern. Was immer sie dazu gemacht hat: Sie glauben, sie reden im Namen der Liebe, aber sie schreiben voller Hass.

Keine Frau treibt leichtfertig ab. Dazu folgende Geschichte: Vorgestern traf ich Valérie, eine Ex-Studentin von mir. Sie ist 25 Jahre alt und jobbte bis vor ein paar Monaten für einen grossen Schweizer Medienkonzern. Sie ist in Berlin ebenso zu Hause wie in Zürich und Prag. Mit ihren grossen Augen, die immer begeistert blicken, sagt sie: «Ich bin so glücklich. Meine Schwester hat jetzt ein Kind. Aurélie ist der Sonnenschein unserer WG. Ich bin jetzt zusammen mit meiner Schwester für Aurélie da.» Und das Geschöpf, dessen Foto sie mir auf dem Smartphone zeigt, ist – wie könnte es anders sein – das süsseste Baby der Welt.

Es hätte anders sein können. Valéries fünf Jahre jüngere Schwester wurde vergewaltigt. Letztes Jahr in einem Park in einer mittelgrossen Schweizer Stadt. Von einem Unbekannten, der bisher nicht identifiziert werden konnte. «Meine Schwester ist eine so unglaublich positive Person.» Mit einer Hoffnung wider alle Hoffnungen beschloss die vergewaltigte Frau, das unschuldige Geschöpf in ihrem Leib zu einem guten Ende auszutragen und zur Adoption freizugeben.

Sie gebar das Kind. 2600 Gramm schwer und nannte es Aurélie. Vier Tage stillte sie es. Valérie war dabei: «Dann kam die Krankenpflegerin und holte es zur Adoption ab. Es war zu viel für meine Schwester. Sie brach zusammen.» Da reichte ihr Valérie die Hand und die beiden Frauen beschlossen, das Kind gemeinsam als Mutter und Mutter grosszuziehen. Um wirklich für ihre Schwester und das Kind da zu sein, arbeitet Valérie jetzt 50 Prozent. Und während sie das erzählt, kommt kein Jammern, kein Selbstmitleid: «Gemeinsam teilen wir Freude und Leid. Das ist ein grosses Glück.»

Keine Frau treibt leichtfertig ab. Die Geschichte von Aurélie widerlegt den Geist der Initiative «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache» aufs Schönste: Aurélie lebt, weil sie und ihre vergewaltigte Mama Gemeinschaft erfahren. Wer weniger Abtreibungen will, muss sich mit den Frauen solidarisieren, statt ihre Not zu privatisieren. Bien à toi, Aurélie.

werner.deschepper@azmedien.ch

So wollte Burkhalter die Kommissionen umgehen

Palästina-Frage SVP-Ständerat Hannes Germann ist verärgert, weil der Bundesrat ohne Anhörung der Aussenpolitischen Kommission der kleinen Kammer einen Entscheid fällte.

VON LORENZ HONEGGER

Der Gesamtbundesrat hiess am Mittwoch die Aufwertung Palästinas zum UNO-Beobachterstaat gut, ohne zuvor die Aussenpolitische Kommission des Ständerates (APK) zu konsultieren. Obwohl der Beschluss offiziell noch nicht kommuniziert worden ist, ist dieses Vorgehen heikel. Denn gemäss Parlamentsgesetz muss die Landesregierung vor wesentlichen Weichenstellungen in der Aussenpolitik den zuständigen Kommissionen beider Räte das Recht auf Anhörung gewähren.

Ständerat und APK-Präsident Hannes Germann (SVP/SH) ist verärgert über das Verhalten von FDP-Aussenminister Didier Burkhalter gegenüber seiner Kommission. «Wir sind davon ausgegangen, dass uns der Bundesrat rechtzeitig kontaktiert»,



Ständerat Hans Germann.

KEY



Bundesrat Didier Burkhalter.

KEY

sagt er. «Einen derart wichtigen strategischen Entscheid fällt man nicht einfach aus der Hüfte.»

Kein Zufall

Wie Recherchen der «Nordwestschweiz» zeigen, ist es kein Zufall, dass die APK der kleinen Kammer noch nicht angehört worden ist: Ursprünglich wollte Bundesrat Burkhalter die Kommissionen von National- und Ständerat erst zu Beginn kommender Woche konsultieren – im Dringlichkeitsverfahren. Das bedeutet: Der Bundesrat hätte die APK-Prä-

sidenten stellvertretend für ihre Kollegen konsultiert. Abstimmungen in den Kommissionen hätte es keine gegeben, da Palästinenserpräsident Machmud Abbas schon am nächsten Donnerstag bei der UNO den Antrag auf Aufwertung zum Beobachterstaat einreichen wird.

Doch die APK des Nationalrates durchkreuzte an ihrer Sitzung vom Dienstag den Fahrplan des Aussenministers. Obwohl die Palästina-Frage nicht traktandiert war, führte die Kommission eine Abstimmung durch und hiess die Aufwertung Palästinas

zum Beobachterstaat mit 13 zu 9 Stimmen gut. Dem Vernehmen nach wollte Kommissionspräsident Andreas Aebi (SVP/BE) nicht für seine Kollegen entscheiden.

Mittlerweile bemühte sich Ständerat Hannes Germann ebenfalls um eine ordentliche Abstimmung. Der Termin steht. Am kommenden Mittwoch trifft sich die APK der kleinen Kammer zu einer ausserordentlichen Sitzung. Klar ist: Selbst wenn das Gremium die Aufwertung Palästinas zum Beobachterstaat ablehnen würde, hätte dies kaum noch Einfluss auf die Haltung des Bundesrates. Denn die Empfehlungen der Aussenpolitischen Kommissionen haben nur konsultativen Charakter.

Terminliche Schwierigkeiten

Jean-Marc Crevoisier, Sprecher von Bundesrat Burkhalter, begründet das beanstandete Vorgehen des Aussendepartementes mit terminlichen Schwierigkeiten. Es sei nicht möglich gewesen, die Konsultation zu einem früheren Zeitpunkt durchzuführen. Der Bundesrat werde seine Haltung am nächsten Mittwoch nach der Sitzung der APK offiziell kommunizieren.